

Teilrevision des Kantonsratsbeschlusses über die Gebühren in Verwaltungs- und Zivilsachen (Verwaltungsgebührentarif), Geschäft Nr. 3812

Antrag der SP-Fraktion zur 2. Lesung

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Gemäss § 56 der Geschäftsordnung des Kantonsrats stellt die SP-Fraktion zur 2. Lesung der Teilrevision des Kantonsratsbeschlusses über die Gebühren in Verwaltungs- und Zivilsachen (Verwaltungsgebührentarif), Geschäft Nr. 3812, folgenden Antrag:

II Fremdänderungen:

Änderung des Gesetzes über das Gastgewerbe und den Kleinhandel mit gebrannten Wassern (Gastgewerbegesetz, GGG)

§ 24

Abgabe für den Kleinhandel mit gebrannten Wassern

1 Für den Kleinhandel mit gebrannten Wassern wird eine Abgabe bis höchstens Fr. 3000.– erhoben.

2 Die Bewilligungsbehörde setzt die Abgabe nach Art und Bedeutung des Betriebes oder Anlasses fest und bezieht sie.

3 Bei Betrieben wird die Abgabe jährlich bezogen, bei Anlässen mit der Bewilligungserteilung.

4 Für die Erteilung einer Bewilligung zur Abgabe alkoholhaltiger Getränke anlässlich öffentlicher Veranstaltungen von Organisationen, die weder wirtschaftliche Zwecke noch eine Gewinnerorientierung verfolgen, werden keine Gebühren erhoben.

Begründung:

Die Vorteile einer solchen Regelung sehen wie folgt:

- Eine Rechnungsstellung für Kleinbeträge würde die Verwaltung entlasten
- Keine Diskussionen bei der Definition von « nicht wirtschaftliche Zwecke» oder «Gewinnorientierung»
- Entlastung von Vereinen, Organisationen und KMU's
- Und hätten die Einwohnergemeinden eine «Vollkostenrechnung», würden unserer Ansicht nach die Aufwendungen die Erlöse übersteigen

Private geschlossene Anlässe bezahlen schon heute keine Gebühr, ausser es ist ein Caterer involviert, da ist es dann wieder ein Auftragsverhältnis. Und inskünftig würde diese Gebühr auch entfallen, wenn ein Caterer involviert ist.

Und wenn eine Firma (beispielsweise eine ZVB oder Glencore) ein Festzelt aufstellt für das Mitarbeitendenfest bringt es für den Jugendschutz nichts, wenn CHF 100.- Gebühr für den Alkoholausschank verlangt werden. Hier würde diese Gebühr inskünftig auch entfallen.